

Richtlinie für die Förderung von Untersuchungen und Sanierungen kommunaler Altablagerungen und Altstandorte (Altlasten – Finanzierungsrichtlinie – AlaFR)

Erlaß des Umweltministers

Vom 24. August 1993 – VIII 130.0639.3.61 –

- | | |
|--|--|
| <p>1. Rechtsgrundlage, Begriffsbestimmungen</p> <p>1.1 Das Land gewährt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften zu §§ 23, 44 und 44a Landeshaushaltsordnung (LHO) und dieser Richtlinie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Zuwendungen zur Erhebung von altlastverdächtigen Flächen und zur Behandlung (Erkundung, Sicherung, Sanierung, Überwachung) kommunaler altlastverdächtiger Flächen und Altlasten. Kommunale Flächen im Sinne dieser Richtlinie sind solche, die im Eigentum der kommunalen Körperschaften stehen.</p> <p>1.2 Altlastverdächtige Flächen im Sinne dieser Richtlinie sind Altablagerungen und Altstandorte, soweit die Besorgnis besteht, daß durch sie das Wohl der Allgemeinheit [§ 22 Abs. 3 Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz Mecklenburg-Vorpommern (AbfAlG M-V)] beeinträchtigt ist oder künftig beeinträchtigt wird.</p> <p>1.3 Die Abgrenzung der Begriffe Altablagerung, Altstandort und Altlast richtet sich nach der jeweils geltenden Fassung des AbfAlG M-V.</p> <p>1.4 Keine Altstandorte im Sinne dieser Richtlinie sind Flächen, die durch Einwirkung der Luft- oder Gewässer- verunreinigungen, durch Aufbringen im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Nutzung oder durch vergleichbare Nutzungen verunreinigt wurden.</p> <p>1.5 Diese Richtlinie gilt nicht für das Aufsuchen und Bergen von Kampfmitteln, für Kernbrennstoffe oder sonstige radioaktive Stoffe im Sinne des Atomgesetzes.</p> <p>2. Gegenstand der Förderung</p> <p>Gefördert werden:</p> <p>2.1 Erstuntersuchung (orientierende Untersuchung) von altlastverdächtigen Flächen i. S. von § 22 Abs. 3 AbfAlG M-V und</p> <p style="padding-left: 20px;">Bewertung und Feststellung des weiteren Untersuchungs-, des Sicherungs- und/oder des Sanierungserfordernisses (Gefährdungsabschätzung);</p> <p>2.2 Untersuchung und Beurteilung der in Betracht kommenden Sanierungs- und Überwachungsmaßnahmen im Sinne der ingenieurmäßigen Grundlagenermittlung und Vorplanung nach § 55 der HOAI (Sanierungsuntersuchungen) auf der Grundlage einer vorliegenden Gefährdungsabschätzung;</p> <p>2.3 Sanierungsmaßnahmen</p> | <p>2.3.1 Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanungen von Einzelmaßnahmen (entsprechend der HOAI) einschließlich Bauleitung;</p> <p>2.3.2 Abdeckung, Abdichtung oder sonstige vergleichbare Schutzvorkehrungen;</p> <p>2.3.3 Neubau, Umbau, Erweiterung oder Schaffung von Einrichtungen von Anlagen zur Fassung, Sammlung, Behandlung und Ableitung von</p> <ul style="list-style-type: none"> – Niederschlagswasser, – Sickerwasser, – verunreinigtem Grund- oder Oberflächenwasser, – Gasen, mit Ausnahme derjenigen Einrichtungen, deren Nutzungen im wirtschaftlichen Interesse des Zuwendungsempfängers oder Dritter liegt; <p>2.3.4 chemische, biologische, physikalische oder sonstige Behandlung von Böden – soweit die gereinigten Böden verwertet werden – und von umweltgefährdenden Stoffen;</p> <p>2.3.5 Maßnahmen zur Standsicherheit (z. B. bei Rutschungen, Sackungen);</p> <p>2.3.6 das Entnehmen, Befördern, Lagern und Ablagern gefährlicher Stoffe aus Altlasten, sofern andere Maßnahmen technisch nicht möglich oder in ihrem Aufwand unverhältnismäßig sind;</p> <p>2.3.7 Beseitigung wilder Müllablagerungen und Rekultivierung stillgelegter Deponien im Rahmen des Sonderprogramms im Zusammenhang mit § 249 h Arbeitsförderungsgesetz (AFG);</p> <p>2.4 Überwachungsmaßnahmen</p> <p>2.4.1 Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung von Einzelmaßnahmen nach Nr. 2.3.2;</p> <p>2.4.2 Neubau, Umbau, Erweiterung oder Schaffung von Einrichtungen zur Überwachung einschließlich der Emissionen;</p> <p>2.5 Nicht gefördert werden</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kreditbeschaffungs-, Vor- und Zwischenfinanzierungskosten, – Kosten, die aufgrund von Rechtsvorschriften von Dritten zu erstatten sind, – laufende Betriebs- und Unterhaltungskosten, – Grunderwerbskosten und damit im Zusammenhang stehende weitere Kosten, – bauliche Anlagen, Geräte und dergleichen, die ausschließlich oder überwiegend der Unterhaltung, Wartung und späteren Pflege von Anlagen dienen, sowie Werkzeuge, |
|--|--|

- Kosten für die Beschaffung und den Betrieb von Fahrzeugen,
- Entschädigungen aller Art,
- Verwaltungsaufwand der Bauträger,
- Gebühren und Auslagen der öffentlichen Hand.

3. Zuwendungsempfänger, Zweck

Zuwendungen werden gewährt an Kommunen. Im Zuwendungsbescheid kann zugelassen werden, daß eine kommunale Körperschaft zur Durchführung einer bestimmten Maßnahme die Zuwendung an eine Gesellschaft des Privatrechts weiterbewilligt, sofern die kommunale Körperschaft an dieser Gesellschaft zu mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, insbesondere nach Dringlichkeit der Maßnahmen nach der Prioritätenliste Altlasten.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist, daß

- die altlastverdächtige Fläche in die Verdachtsflächenkarte aufgenommen worden ist. Bei Sanierungsmaßnahmen zur Beseitigung einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne von § 16 Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG MV – ist eine ordnungsbehördliche Anordnung ausreichend,
- mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen worden ist.

Ausnahmen kann die Bewilligungsbehörde auf schriftlichen Antrag vor Beginn der Maßnahmen zulassen. Durch eine solche Ausnahme wird ein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung nicht begründet.

4.2 Maßnahmen nach Nr. 2.3 und/oder 2.4 sind förderungsfähig, wenn

- diese aufgrund der bestehenden Nutzung notwendig sind,
- Maßnahmen nach Nr. 2.1 und 2.2 vorausgegangen sind,
- von der Altlast eine Gefährdung oder eine nachhaltige Beeinträchtigung von Schutzgütern ausgeht

und wenn

- die Maßnahmen im Wege der Ersatzvornahme nach § 89 SOG MV durchgesetzt werden müssen oder
- es sich um eine Altlast handelt und keine Anordnungen nach § 8 Abs. 1 Abfallgesetz (AbfG) bzw. § 9 AbfG zugrunde liegen.

Der Zuwendungsempfänger muß Alleineigentümer des Grundstücks sein, wobei die Besitzverhältnisse unberücksichtigt bleiben, es sei denn, daß er als Körperschaft des öffentlichen Rechts Verantwortlichkeiten für den Zustand der altlastverdächtigen Fläche übernommen hat.

5. Art und Höhe der Zuwendungen

5.0 Generalklausel

Zuwendungsfähig sind nur Ausgaben, die bei sparsamer und wirtschaftlicher Durchführung der Maßnahme notwendig sind, insbesondere, um bei Altablagerungen einem dem Wohl der Allgemeinheit (§ 2 Abs. 1 Satz 2 AbfG) entsprechenden Zustand herzustellen und bei Altstandorten darüber hinaus die Besorgnis der Verunreinigung des Wassers zu beseitigen.

5.1 Finanzierungsart

Die Zuwendungen werden als Projektförderung im Wege der Anteilfinanzierung bewilligt. Die Zuwendungen werden jeweils auf einen Höchstbetrag begrenzt.

5.2 Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird als Zuschuß bewilligt.

5.3 Höhe der Zuwendung

Der Zuschuß kann für Maßnahmen nach Nr. 2.1 bis 80 %, nach Nr. 2.3.7 bis 90 % und für die übrigen Maßnahmen bis 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Mehrfachförderungen

Für die Sanierung der Altlast sind Fördermittel aufgrund anderer Rechtsgrundlagen sowie Zuschüsse von dritter Seite vorrangig auszuschöpfen. Bei Nichtbeantragung öffentlicher Fördermittel erfolgt eine fiktive Anrechnung. Durch Fördermittel Dritter reduzieren sich grundsätzlich die zuwendungsfähigen Ausgaben, bei Maßnahmen nach Nr. 2.3.7 wird die Förderung Dritter in voller Höhe auf den Zuschuß nach dieser Richtlinie angerechnet.

Unberührt bleiben die förderungsrechtlichen Bestimmungen für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und Entwicklungsbereiche.

6.2 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr

Wird in den Fällen nach Nr. 2.3 mit Maßnahmen zur Abwehr unmittelbarer Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bereits begonnen, ohne daß vorher ein Antrag i. S. d. Nr. 4.1 letzter Absatz gestellt ist, schließt das eine Förderung aus diesem Grund nicht aus.

6.3 Bauüberwachung

Die Ausschreibung der Bauvorhaben, die Zuschlagserteilung an Bauunternehmen und Lieferanten, die Bauausführung und -abrechnung kann durch das zuständige Staatliche Amt für Umwelt und Natur (STAUN) überwacht werden.

6.4 Subventionserheblichkeit

Die Angaben im Antrag, in den Antragsunterlagen und in der Zahlungsanforderung, die für die Gewährung, die Höhe und den Zeitpunkt der Ausreichung der Zuwendung maßgeblich sind, sind subventionserhebliche Tatsachen gemäß § 264 Abs. 7 StGB.

6.5 Örtliche Erhebungen

Das örtliche zuständige Staatliche Amt für Umwelt und Natur kann beim Zuwendungsempfänger örtliche Erhebungen vornehmen, Grundstücke, die dem Projekt dienen, betreten und die zum Projekt geführten Akten einsehen.

6.6 Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist als Sachbericht und Ausgabennachweis durch den Zuwendungsempfänger zu erstellen. Der Verwendungsnachweis ist von dem zuständigen kommunalen Rechnungsprüfungsamt zu prüfen und dem zuständigen Staatlichen Amt für Umwelt und Natur vorzulegen. Die Ergebnisse der Prüfung sind zu vermerken.

7. Antragsverfahren

7.1 Antragsform

Für die Bewilligung einer Zuwendung bedarf es eines schriftlichen Antrags. Ein Muster des Antragsvordruckes befindet sich in der Anlage zu dieser Richtlinie. Der Antrag ist auf Vordruck in dreifacher Ausfertigung bis zum 31. Oktober eines Jahres für das nachfolgende Haushaltsjahr bei dem örtlich zuständigen Staatlichen Amt für Umwelt und Natur einzureichen. Der Antragsvordruck ist über das Staatliche Amt für Umwelt und Natur zu beziehen.

7.2 Antragsunterlagen

Der Antrag muß in der Regel folgende Angaben enthalten:

7.2.1 Datenblatt aus der Verdachtsflächendatei mit Lageplan,

7.2.2 die Vorhabensbeschreibung mit Angaben zu Einordnung in die Prioritätenliste Altlasten, dem Verfahren, der Kapazität, dem Realisierungszeitraum,

7.2.3 den Kostenvoranschlag für das Vorhaben mit Darstellung der Hauptleistungspositionen,

7.2.4 den Nachweis der Verbindlichkeit des Kostenvoranschlages und der zeitlichen Realisierbarkeit des Projektes durch Angebote und Kostenkalkulationen,

7.2.5 den Finanzierungsplan,

7.2.6 die Stellungnahme der für den Antragsteller zuständigen Aufsichtsbehörde.

7.3 Die fachliche Erstbewertung des Antrages auf Förderung erfolgt durch das örtlich zuständige Staatliche Amt für Umwelt und Natur.

7.4 Bewilligungsbehörde ist der Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

7.5 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 44, 44a LHO, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

AmtsBl. M-V 1993 S. 1520

Anl.

Anlage 1
Seite 1**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für die Gefährdungsabschätzung
altlastverdächtiger Flächen**

Antragsteller/Zuwendungsempfänger	Postleitzahl, Ort	Datum
Bank- oder Postgirokonto	Straße, Hausnummer, Telefon	
Bankleitzahl	Sachbearbeiter	

An das Umweltministerium
über das Staatliche Amt für Umwelt und Natur _____

- Anlagen:**
1. Datenblatt aus der Verdachtsflächendatei mit Lageplan
 2. Beschreibung des Vorhabens in Kurzform
 3. Kostenkalkulationsangebot nach Hauptgruppen
 4. Stellungnahme des Umweltamtes vom Kreis bzw. der kreisfreien Stadt
 5. Stellungnahme des zuständigen Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur

Betr.: Zuwendung für Maßnahme _____

Bezug: Richtlinie für die Förderung von Untersuchungen und Sanierungen kommunaler
Altablagerungen und Altstandorte (Altlastenfinanzierungsrichtlinie, AlaFR)

Hiermit wird eine Landeszuwendung in Höhe von

_____ DM, = _____ % der Gesamtausgaben

zu den Kosten der nachfolgenden und in der beiliegenden Beschreibung erläuterten Maßnahme beantragt.

1. Beschreibung der Maßnahme

- 1.1 Verantwortlicher/Inhaber der Altablagerungen/des Altstandortes
(Soweit vom Antragsteller abweichend)
– Name, Anschrift –
- 1.2 Geplante Untersuchung der Altablagerungen und Altstandorte (ggf. Beiblatt)
– Schlüsselnummer der Verdachtsflächendatei, Gemarkung, Anzahl der Standorte –
- 1.3 Art der Erkundung und Untersuchung

Anlage 1

Seite 2

2. Finanzierungsbestätigung

Der Antragsteller bestätigt, daß

- 2.1 über die Zuwendung hinaus entstehende Mehrkosten durch Eigenmittel oder Mittel Dritter aufgebracht werden.
- 2.2 bei Unterschreitung der Zuwendung je Prioritätsgruppe eine Rückzahlung spätestens bei Vorlage des Nachweises erfolgt.

-
- 3. Es wird versichert, daß mit der Maßnahme nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides begonnen wird.
-

4. Zeitraum der Durchführung:

Beginn:

Ende:

5. Weitere Finanzierungsmittel:

Der Antragsteller bestätigt, daß außer den vorstehend angegebenen Finanzierungsmitteln für die Maßnahme bei anderen Stellen weder Mittel beantragt noch von dritter Seite bereits bewilligt oder in Aussicht gestellt wurden.

Die Bestimmungen dieser Richtlinie werden anerkannt. Es wird bestätigt, daß die Überwachung nach AbfAIG M-V sichergestellt wird.

Rechtsverbindliche Unterschriften des Antragstellers mit:

Datum

Unterschrift

Stempel

Anlage 2
 Seite 1

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an Altlasten

Antragsteller/Zuwendungsempfänger	Postleitzahl, Ort	Datum
Bank- oder Postgirokonto	Straße, Hausnummer, Telefon	
Bankleitzahl	Sachbearbeiter	

An das Umweltministerium
 über das Staatliche Amt für Umwelt und Natur _____

- Anlagen:**
1. Datenblatt aus der Verdachtsflächendatei mit Lageplan
 2. Beschreibung des Vorhabens in Kurzform
 3. Kostenkalkulationsangebot nach Hauptgruppen
 4. Haushaltsplan für das lfd. Haushaltsjahr
 5. Stellungnahme des Umweltamtes vom Kreis bzw. der kreisfreien Stadt
 6. Stellungnahme des zuständigen Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur

Betr.: Zuwendung für Maßnahme _____

Bezug: Richtlinie für die Förderung von Untersuchungen und Sanierungen kommunaler Altablagerungen und Altstandorte (Altlastenfinanzierungsrichtlinie, AlaFR)

Hiermit wird eine Landeszuwendung in Höhe von

_____ DM, = _____ % der Gesamtausgaben

zu den Kosten der nachfolgenden und in der beiliegenden Beschreibung erläuterten Maßnahme beantragt.

1. Beschreibung der Maßnahme

- 1.1 Verantwortlicher/Inhaber der Altablagerungen/des Altstandortes
 (Soweit vom Antragsteller abweichend)
 – Name, Anschrift –
- 1.2 Geplante Untersuchung der Altablagerungen und Altstandorte (ggf. Beiblatt)
 – Schlüsselnummer der Verdachtsflächendatei, Gemarkung, Anzahl der Standorte –
- 1.3 Art der Erkundung und Untersuchung

Anlage 2
Seite 2**2. Finanzierungsbestätigung**

Der Antragsteller bestätigt, daß

- 2.1 über die Zuwendung hinaus entstehende Mehrkosten durch Eigenmittel oder Mittel Dritter aufgebracht werden.
- 2.2 bei Unterschreitung der Zuwendung je Prioritätsgruppe eine Rückzahlung spätestens bei Vorlage des Nachweises erfolgt.

-
- 3. Es wird versichert, daß mit der Maßnahme nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides begonnen wird.

4. Zeitraum der Durchführung:

Beginn:

Ende:

5. Weitere Finanzierungsmittel:

Der Antragsteller bestätigt, daß außer den vorstehend angegebenen Finanzierungsmitteln für die Maßnahme bei anderen Stellen weder Mittel beantragt noch von dritter Seite bereits bewilligt oder in Aussicht gestellt wurden.

Die Bestimmungen dieser Richtlinie werden anerkannt. Es wird bestätigt, daß die Überwachung nach AbfAIG M-V sichergestellt wird.

Rechtsverbindliche Unterschriften des Antragstellers mit:

Datum

Unterschrift

Stempel